

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 05. Februar 2013

Eigenbetrieb Palatinum Wirtschaftsplan 2013

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2013 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 870.400,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 437.000,00 € ausgeglichen ist. Eine Verlustausweisung ist nicht erforderlich, da die Gemeinde Zuweisungen für den Schuldendienst über 237.000,00 €, für die Abschreibungen 294.000,00 €, für die Erneuerung des Parketts 35.000,00 € und einen Betriebskostenanteil über 189.050,00 € übernimmt.

Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich.

Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen. Der Höchstbetrag des Kassenkredites, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Wirtschaftsjahres 2013 in Anspruch genommen werden darf, wird auf 250.000,00 € festgesetzt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2013 für den Eigenbetrieb Palatinum wird beschlossen.

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigungseinrichtung Wirtschaftsplan 2013

Die Verwaltung hat den Wirtschaftsplan für 2013 erstellt, der im Erfolgsplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 2.163.000,00 € und im Vermögensplan in den Einnahmen und Ausgaben mit je 995.000,00 € ausgeglichen ist. Der Bilanzgewinn wird voraussichtlich 94.100,00 € betragen. Zur Bestreitung der Investitionsmaßnahmen sind keine Darlehen erforderlich.

Verpflichtungsermächtigungen sind keine ausgewiesen. Der Höchstbetrag des Kassenkredites, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des Wirtschaftsjahres 2013 in Anspruch genommen werden darf, wird auf 500.000,00 € festgesetzt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2013 für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigungseinrichtung wird beschlossen.

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde Mutterstadt für das Haushaltsjahr 2013

Die Verwaltung hat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2013 im Entwurf gefertigt. Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 1.313.670,00 € ab.

Der Finanzhaushalt weist nach Gegenüberstellung der Ein- und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit ein Defizit von 4.540.070,00 € aus. Dieser Betrag erhöht sich um die planmäßigen Darlehenstilgungen von 100.450,00 € auf 4.640.520,00 €. Zum Ausgleich dieses Betrages werden den liquiden Mitteln 640.520,00 € entnommen. Zur Restfinanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ist die verzinsliche Kreditaufnahme von 4.000.000,00 € erforderlich.

Haushaltsrede von Bürgermeister Hans-Dieter Schneider:

Sehr geehrte Herren Beigeordnete,
verehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
verehrte Gäste und Vertreter der Presse,

der zum Beschluss durch den Gemeinderat Mutterstadt vorliegende fünfte doppelte Produkthaushalt für das Jahr 2013 mit Haushaltssatzung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Stellenplan sowie Investitionsplan für die Jahre 2012 bis 2016 ist in den Fachausschüssen Ende 2012 und im Haupt- und Finanzausschuss am 22. Januar 2013 vorberaten worden.

Alle Ausschüsse gaben eine einstimmige Beschlussempfehlung an den Gemeinderat.

Eine wichtige Grundlage für die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung und damit verbundener Parameter, die sich auf unseren Gemeindehaushalt auswirken, waren wieder die Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2013. Diese wurden vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz im November 2012 veröffentlicht, und darin wird unter anderem festgestellt:

Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2013

A. Allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2012 (sogenanntes Herbstgutachten), welche die Referenz für die Projektionen der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liefert, eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,8 v.H. für das Jahr 2012 und um 1,0 v.H. für das kommende Jahr. Die Gutachter machen auf das verstärkte Bewusstsein von Unternehmen, privaten Haushalten und Regierungen aufmerksam, wonach die langfristigen Wachstums- und Einkommensaussichten schlechter sind als bisher gedacht. Die Bundesregierung hat die von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten geschätzten Wachstumswahlen in ihrer aktuellen Herbstprognose übernommen.

Auch nach Auffassung der Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Oktober 2012 verdichten sich die Anzeichen, dass auf eine spürbare Expansion der Wirtschaftsleistung im dritten Vierteljahr 2012 eine Stagnation oder sogar ein leichter Rückgang des BIP im Schlussquartal des Jahres folgen könnte.

Der Stabilitätsrat, früher Finanzplanungsrat, hat sich in seinen Sitzungen am 24. Mai und am 24. Oktober 2012 unter anderem mit den gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen bei der Aufstellung der öffentlichen Haushalte befasst. Zwar hätten Bund, Länder und Gemeinden die Neuverschuldung insgesamt im vergangenen Jahr deutlich zurückführen können und die anhaltend gute Einnahmesituation zur Rückführung ihrer Finanzierungsdefizite genutzt. Allerdings weist der Stabilitätsrat gleichzeitig darauf hin, dass

„auch bei anhaltend positiver Entwicklung der Steuereinnahmen eine hohe Ausgabendisziplin gewahrt werden muss, um den eingeschlagenen Konsolidierungskurs weiter fortzuführen“ sowie „die Konsolidierungsanstrengungen konsequent fortgesetzt werden müssen, um dauerhaft die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten zu können und damit die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte abzusichern.“

Gleichzeitig akzentuiert der Stabilitätsrat die besondere Verantwortung von Bund und Ländern bei der Erfüllung der Vorgaben des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts und des europäischen Fiskalvertrags.

B. Haushaltswirtschaftliche Lage der Kommunen in Rheinland-Pfalz

Das Finanzierungsdefizit der Kommunen belief sich im Jahr 2011 auf 439 Mio. €, lediglich die Kommunen in den Ländern Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland wiesen höhere Finanzierungsdefizite je Einwohner aus. Besonders besorgniserregend gestaltet sich weiterhin die Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung, die nur als kurzfristiges Zwischenfinanzierungsinstrument dienen sollen. Diese haben im vergangenen Jahr einen Anstieg um 393 Mio. € auf 5,78 Mrd. € erfahren, was einem Aufwuchs von 7 v.H. entspricht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen und Krediten zur Liquiditätssicherung zusammen stieg auf 2.921 € je Einwohner an und lag um 69 v.H. über dem Durchschnittswert der Kommunen der anderen Flächenländer. Gerade die Entwicklung im Bereich der Liquiditätskredite bedingen umgehende und nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen in den kommunalen Haushalten.

Zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation erfolgte nach den Ergebnissen der Beratungen in der Gemeindefinanzkommission die Zusage des Bundes, die Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise bis zum Jahr 2014 zu übernehmen. Der erste Erhöhungsschritt für das Jahr 2012 (Erhöhung der Bundesbeteiligung von bisher 16 auf 45 Prozent) wurde mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen vom 6. Dezember 2011 verwirklicht. Die gesetzestechische Umsetzung der beiden folgenden Schritte (Erhöhung der Bundesbeteiligung in 2013 auf 75 Prozent und in 2014 auf 100 Prozent) soll noch in diesem Jahr abgeschlossen sein. Ab dem Jahr 2014 wird der Bund somit den Kommunen die Netto-Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig erstatten.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die innerstaatliche Umsetzung des sogenannten Fiskalpaktes haben der Bund und die Länder als Eckpunkt u.a. vereinbart, unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein neues Bundesleistungsgesetz, welches die rechtlichen Vorschriften zur Eingliederungshilfe für Behinderte in der bisherigen Form ablöst, in der nächsten Legislaturperiode des Bundes zu erarbeiten und In-Kraft zu setzen. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang der Bund eine Mitfinanzierung übernimmt. Darüber hinaus sind zusätzliche Kostenbeteiligungen für die Schaffung weiterer Kindertagesstättenplätze vorgesehen.

C. Ausgabenreduzierung / Einnahmeerhöhung

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre. Dies gilt sowohl für den Landeshaushalt als auch die Haushalte der kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz. Den kommunalen Gebietskörperschaften obliegt die Beachtung eines strikten Haushaltskonsolidierungskurses, wobei alle gestaltbaren Möglichkeiten zur Ausgabenreduzierung (dies gilt auch für die Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung und der Auftragsangelegenheiten) sowie zur Ausschöpfung der eigenen Einnahmequellen zu nutzen sind. Besonders die mit Liquiditätskrediten belasteten Kommunen haben ihre Haushalts- und Wirtschaftsführung am Ziel der Rückführung der Verschuldung auszurichten. Im Hinblick auf den „Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)“ sind die Konsolidierungsvereinbarungen konsequent umzusetzen. Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz trifft in der zusammenfassenden Darstellung zum Kommunalbericht 2012 folgende zutreffende Aussage:

„Ungeachtet dessen müssen Gemeinden und Gemeindeverbände weitere erhebliche Anstrengungen zum Haushaltsausgleich unternehmen. Dabei darf es keine Denkverbote geben. Die Ausschöpfung des Konsolidierungspotentials darf auch nicht unter Hinweis auf die sog. „Vergeblichkeitsfalle“, wonach eigene Sparbemühungen vor dem Hintergrund nicht beeinflussbarer Ausgaben ohne Nutzen seien, unterbleiben.“

Gleichzeitig weist der Rechnungshof wiederholt darauf hin, dass insbesondere im Bereich der Realsteuerhebesätze, bedingt durch das insgesamt unterdurchschnittliche Hebesatzniveau, ein deutlicher Handlungsbedarf besteht. Bei einer Angleichung auf das bundesdurchschnittliche Niveau hätten die rheinland-pfälzischen Kommunen nach Berechnungen im Kommunalbericht 2012 für das Jahr 2010 rund 145 Mio. € an Mehreinnahmen erzielen können. In seinem Ausblick zeigt der Rechnungshof einige Möglichkeiten auf, die zu einer Verbesserung der Haushalts- und Finanzsituation der Kommunen führen können. Die Landesregierung hält es für unabdingbar, den Empfehlungen zur Ausschöpfung der Einnahmequellen und vor allem zur Reduzierung des vielerorts unverändert hohen Ausgabenniveaus zu folgen.

Für die zukünftige Haushaltskonsolidierung kommen beispielhaft auch verstärkte Beiträge der kommunalen Einrichtungen sowie der Sondervermögen und Eigen- bzw. Beteiligungsunternehmen in Betracht. So wird in der Querschnittsprüfung des Rechnungshofs Rheinland-Pfalz „Kommunale Wohnungsbaugesellschaften“ vom 20. August 2012 dargestellt, dass der von diesen Gesellschaften im Jahr 2010 ausgeschüttete Betrag lediglich 10 v.H. des Jahresüberschusses und nur rund 2 v.H. der liquiden Mittel der Gesellschaften entsprach. Bei zwölf von 19 Unternehmen erfolgte in den Jahren 2007 bis 2010 keine Ausschüttung der Jahresüberschüsse bzw. der Bilanzgewinne an die Gesellschafter, stattdessen erfolgte eine Gewinnthesaurierung. Der Rechnungshof stellt fest, dass durchaus höhere Ausschüttungen an die Gesellschafter möglich gewesen wären.

Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hat in seiner Entscheidung vom 14. Februar 2012, VGH N 3/11, in der das Land verpflichtet wurde, einen spürbaren Beitrag zur Bewältigung der kommunalen Finanzkrise zu leisten, auch auf bestehende kommunale Konsolidierungsspielräume hingewiesen (vgl. Umdruck S. 33, Buchstabe ee):

„Die über Jahrzehnte gewachsene kommunale Finanzkrise erfordert von Verfassungen wegen ein entschlossenes und zeitnahes Zusammenwirken aller Ebenen. Insbesondere haben die Kommunen ihre eigenen Einnahmequellen angemessen auszuschöpfen und Einsparpotenziale bei der Aufgabenwahrnehmung zu verwirklichen. Spielräume hierfür bestehen nach wie vor ...“

Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Haushaltswirtschaft der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2013 im Rahmen der Doppik

Grundlage für die Haushaltsansätze 2013 sind die Mittelanmeldungen der Fachbereiche, die Beratungsergebnisse in den Fachausschüssen und, wie bereits dargelegt, die Orientierungsdaten des Landes zum Finanzausgleich. Die Planwerte 2014 bis 2016 können nur geschätzt werden und beruhen in erster Linie auf Erfahrungswerten der letzten Jahre sowie heute schon bekannter Veränderungen oder Investitionsvorhaben.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sehen in ihren Herbstgutachten trotz eines leichten Wirtschaftswachstums mittel- und langfristig schlechtere Wachstumsaussichten. Die Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung sind daher fortzusetzen und zu intensivieren um einem immer größer werdenden kommunalen Finanzmitteldefizit entscheidend entgegenzuwirken.

Die kommunalen Einnahmen reichen derzeit nicht aus, um die den Kommunen in immer höherem Maße zukommenden Aufgaben zu erfüllen. Dies spüren wir zunehmend auch in der Gemeinde Mutterstadt.

So stehen im Ergebnishaushalt den Erträgen von 15.108.750,00 € Aufwendungen von 17.114.630,00 € gegenüber, was unter Berücksichtigung des positiven Finanzergebnisses von 442.210,00 € sowie der Entnahme aus der Rücklage für den kommunalen Finanzausgleich von 250.000,00 € einen Jahresfehlbedarf von 1.313.670,00 € bedeutet. Dies sind über 340.000,00 € mehr als im Nachtrag 2012, aber weniger als in den ursprünglichen Haushaltsplänen der letzten Jahre. Bedenklich ist der zahlungswirksame Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen mit -163.070,00 €, der voll an unsere Substanz, also unsere liquiden Mittel geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verwaltung hat dem Haushaltsplan 2013 wieder einen sehr ausführlichen Vorbericht vorangestellt der die Haushaltsentwicklung, auch gegenüber den Vorjahren, sehr anschaulich darstellt. Dieser ist, beispielsweise über unsere Internetseite, auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich, so dass ich mich hier auf die wesentlichen Zahlen beschränke.

Überblick über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr unter Einbezug der beiden Haushaltsvorjahre

	Ergebnis 2011 in €	Nachtrag 2012 in €	Ansatz 2013 in €
Steuer- u. ähnl. Einnahmen	10.266.429,19	10.316.500,00	10.406.000,00
Personalaufwendungen	4.764.910,85	4.773.100,00	5.244.390,00
Kreisumlage	4.021.421,00	4.367.000,00	4.751.700,00
Investitionsvolumen	3.075.517,09	3.670.500,00	6.243.200,00
Kreditaufnahme	1.750.000,00	1.475.000,00	4.000.000,00
„Freie Finanzspitze“	1.245.218,04	226.000,00	-263.520,00
Abschluss Ergebnishaushalt	-12.774,86	-969.824,00	-1.313.670,00
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	1.315.632,81	354.576,00	-163.070,00
Abschluss Finanzhaushalt (Pos.44) (ohne Kreditaufnahmen u. Tilgungen)	-466.828,47	-1.379.974,00	-4.540.070,00

Ergebnishaushalt 2013

Erträge

Die Steuereinnahmen werden in 2013 mit 10.406.000,00 € um 89.500,00 € höher als im Vorjahr angesetzt. Der Ansatz bei der Gewerbesteuer wurde wie im Nachtrag 2012 beibehalten. Die Steuerschätzer gehen von einem leichten Anstieg der Steuereinnahmen aus. Daher wurde der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 50 T€ und der Anteil an der Umsatzsteuer um 5 T€ höher angesetzt.

Die Hundesteuer wird um 9 € für den ersten Hund erhöht, was eine Einnahmeerhöhung von 5 T€ bewirkt.

Einnahmen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen steigen um 496.924,00 €, weil Personalkostenerstattungen für kommunale KITA´s jetzt hier statt bei „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ ausgewiesen werden.

Die Einnahmen durch öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte vermindern sich gegenüber 2012 um 3.500,00 €.

Einnahmen aus privatrechtlichen Leistungsentgelten vermindern durch niedrige Erträge aus der Veräußerung von Baulandgrundstücken um 203.900,00 €.

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen werden im Plan 359.800,00 € weniger veranschlagt, diese sind, wie erwähnt, unter „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ ausgewiesen.

Die sonstigen laufenden Erträge erhöhen sich um 8.500,00 €.

Aufwendungen

Die Personalaufwendungen steigen um 471.290,00 € auf 5.244.390,00 €. Tarifierhöhungen sind dabei ebenso berücksichtigt wie Personalkosten für die neue KITA „Am Alten Damm“ im letzten Quartal.

Die Versorgungsaufwendungen erhöhen sich um 24.300,00 €, für Beamte um 8T€. Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger erhöhen sich um 16 T€.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden um 257.470,00 € vermindert ausgewiesen, u. a. durch 60 T€ Minderausgaben für die Oberflächenentwässerung von Gemeindestraßen.

Die Abschreibungen sind planmäßig fortgeschrieben und erhöhen sich aufgrund der Neuanschaffungen und abgeschlossenen Investitionsmaßnahmen um 54.250,00 €.

Für Zuwendungen und Umlagen müssen im Haushaltsjahr 2013 354.800,00 € mehr eingeplant werden. Dies ist vor allem auf die Erhöhung der Kreisumlage um 384 T€ zurückzuführen.

Bei den Aufwendungen der sozialen Sicherung wird von einer leichten Erhöhung in Höhe von 7 T€ ausgegangen.

Die Sonstigen laufenden Aufwendungen vermindern sich um 88.050,00 €.

Die Zinserträge und sonstigen Finanzerträge vermindern sich um 67.450,00 €.

Der Ertrag aus der Abwasserbeseitigungseinrichtung wird sich laut Wirtschaftsplan um 66 T€ vermindern.

Die Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen erhöhen sich um 11.000,00 €. Neben den Zinsen für die laufenden Darlehen fallen ab 2013 die Zinsen für die Darlehensaufnahme in 2012 für das Jahr 2011 in Höhe von 1.750.000,00 €, das im Haushaltsplan 2012 geplante Darlehen in Höhe von 1.475.000,00 € und das aufzunehmende Darlehen in 2013 in Höhe von 4.000.000,00 € an.

Finanzhaushalt 2013

Im Finanzhaushalt werden nur die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen abgebildet.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit werden mit 1.866.200,00 € und damit um 69.750,00 € niedriger ausgewiesen als in 2012. Für Einzahlungen aus Investitionszuwendungen wurden 810 T€ eingeplant.

Für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit wurden mit 6.243.200,00 € und damit um 2.572.700,00 € höher als im Haushaltsvorjahr eingeplant.

Wesentliche Investitionen in 2013 sind:

• Neubau Kindertagesstätte „Am Alten Damm“	2.800.000,00 €
• Umbau/Sanierung Prot. Kindertagesstätte 1	800.000,00 €
• Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“	650.000,00 €
• Erneuerung Straßenbeleuchtung	150.000,00 €
• Ausbau Straßen und Gehwege Orts-/Landesstraßen	950.000,00 €
• Straßen- und Gehwegeausbau Gewerbegebiet in Zusammenhang mit Kanalsanierung (Rest)	200.000,00 €
• Weiterführung Maßnahme nordwestlicher Pfalzmarktweg	140.700,00 €
• Fertigstellung Maßnahme Friedhoferweiterung	110.000,00 €
• Weiterführung Maßnahme Südspange	143.700,00 €

Auswirkungen der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen auf die Ergebnis- und Finanzhaushalte der Folgejahre

Soweit für die Investitionen keine anderen Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen, können Investitionskredite aufgenommen werden. Die dafür anfallenden Zinsen wirken sich auf den Ergebnishaushalt und die Folgejahre, die anfallenden Zins- und Tilgungsleistungen wirken sich auf den Finanzhaushalt und die Folgejahre aus. Die tatsächlichen Beträge sind abhängig vom Zeitpunkt der Kreditaufnahme und des Zinssatzes.

Entwicklung der Investitionskredite

Stand Investitionskredite zum 31.12.2011	2.006.788,25 €
Kreditaufnahme in 2012 für 2011	1.750.000,00 €
geplante Kreditaufnahme für 2012	1.475.000,00 €
geplante Tilgung 2012	-129.200,00 €
geplante Kreditaufnahme 2013	4.000.000,00 €
geplante Tilgung 2013	-100.450,00 €
voraussichtlicher Stand Investitionskredite 31.12.2013	9.002.138,25 €

Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung

Bis zum Jahresende 2012 wurden keine Liquiditätskredite benötigt. Für das Jahr 2013 ist zur kurzfristigen Sicherung der Liquidität ein Gesamtbetrag von 3.000.000,00 € lt. Haushaltssatzung vorgesehen.

Entwicklung des Eigenkapitals

		Jahresergebnis	Stand Eigenkapital
Eigenkapital Eröffnungsbilanz	2008		97.777.168,70 €
Ergebnis	2009	-491.671,91 €	97.285.496,79 €
Ergebnis	2010	433.991,58 €	97.719.488,37 €
Ergebnis	2011	-12.774,86 €	97.706.713,51 €
Ansatz Haushaltsvorjahr	2012	-969.824,00 €	96.736.889,51 €
Ansatz Haushaltsjahr	2013	-1.313.670,00 €	95.423.219,51 €
Ansatz Haushaltsfolgejahr	2014	-1.483.550,00 €	93.939.669,51 €
Ansatz 2. Haushaltsfolgejahr	2015	-1.669.300,00 €	92.270.369,51 €
Ansatz 3. Haushaltsfolgejahr	2016	-1.553.600,00 €	90.716.769,51 €

Dem Haushaltsplan ist der Stellenplan beigegeben, der die nach § 6 Abs. 5 GemHVO erforderlichen Stellen ausweist. Demnach arbeiten 2013 bei der Gemeindeverwaltung Mutterstadt 15 (+/-0) Beamte und 118 tariflich Beschäftigte. Dies sind 133 Personen und damit 14 mehr als 2012. 43 (in 2012 noch 28) davon sind Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst. Hinzu kommt eine Auszubildende.

Liebe Ratsmitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der fünfte vorliegende doppische Produkthaushalt weist wieder ein deutlich negatives Jahresergebnis auf und dies trotz durchaus passabler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die in den Nachträgen der letzten Jahre zu einer Defizitverringerung beigetragen haben.

Die dramatische Unterfinanzierung aller staatlichen Ebenen, vom Bund über die Länder und Landkreise bis hin zu den Kommunen schlägt auch bei uns durch.

Wir als Gemeinde haben gesetzliche Vorgaben und daraus resultierende zusätzliche Aufgaben umzusetzen, die zwar von den gesetzgebenden Bund und Ländern teilfinanziert sind, deren Restfinanzierung aber unseren Haushalt zusätzlich belastet.

Nichts gebessert hat sich auch an der Situation, dass viele Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können, was weiter hohe Sozialausgaben zur Folge hat.

Dies wirkt sich negativ auf den Kreishaushalt aus und erfordert zum teilweisen Ausgleich eine immer höhere Kreisumlage.

Für Mutterstadt erhöht sich alleine durch die höheren Bemessungsgrundlagen die Kreisumlage gegenüber dem Vorjahr um weitere knapp 384.000,00 €.

Vor dem Hintergrund der akuten Finanznot und einem Schuldenanstieg selbst in aktuell wirtschaftlich guten Zeiten sind wir Kommunen mehr denn je gefordert über sinnvolle Einsparmöglichkeiten nachzudenken. Vor diesem Hintergrund ist es sehr bedauerlich, dass durch politische Ränkespiele die Fusionsverhandlungen mit unseren Nachbargemeinden Limburgerhof und Neuhoften bewusst zum Scheitern gebracht wurden.

Wir sind nach wie vor davon überzeugt, und es wurde uns von Fachleuten bestätigt, dass mittel- bis langfristig mit enormen jährlichen Einsparungen bei einer Fusion aller drei Gemeinden zu einer Einheitsgemeinde zu rechnen gewesen wäre.

Wir werden aber weiterhin versuchen durch Kooperationen mit anderen Kommunen Synergieeffekte zu erzielen und dadurch Ausgaben zu senken.

Auf Initiative der Verwaltung haben sich zudem Vertreter der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und der Verwaltung in einem Arbeitskreis getroffen, um kurz- bzw. mittelfristig realisierbare Einspar- und Einnahmepotenziale zu ermitteln.

Daraus resultieren zunächst Mehreinnahmen (z. B. bei der Hundesteuer) und Minderausgaben (z. B. bei der Oberflächenentwässerung), die im Ergebnishaushalt Verbesserungen im hohen fünfstelligen Eurobereich bringen. Diese und weitere Spar-Anstrengungen sind unerlässlich. Dies besagt auch das Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz zum Kommunalen Finanzausgleich in dem es wortwörtlich heißt: „...Die kommunale Finanzkrise erfordert ein entschlossenes und zeitnahes Zusammenwirken aller Ebenen. Insbesondere haben die Kommunen ihre eigenen Einnahmequellen angemessen auszuschöpfen und Einsparpotenziale bei der Aufgabenwahrnehmung zu verwirklichen ...“.

Andererseits verpflichtet das Urteil auch das Land, einen spürbaren Beitrag zur Bewältigung der kommunalen Finanzkrise durch eine effektive und deutliche Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung zu leisten. Die Begründung basiert aber im Wesentlichen auf der enormen Belastung durch Kosten im Sozialbereich, welche vorwiegend die großen kreisfreien Städte und Landkreise trifft. Gerade für eine bessere Finanzausstattung in Sozialbereich trägt aber auch der Bund Verantwortung. Eine wesentliche Entlastung der kreisangehörigen Gemeinden wie Mutterstadt durch die bis 2014 durchzuführende Neuregelung ist aber realistischer Weise nicht zu erwarten.

Deshalb müssen wir gemeinsam unsere Sparanstrengungen in den kommenden Jahren verstärkt fortsetzen!

Die Aufnahme in das Städtebau- Bund-Länder-Entwicklungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ kann uns vor dem Hintergrund geschilderten Finanznot helfen, notwendige Projekte mit hohen Zuschuss-Anteilen umzusetzen, die ansonsten nicht realisierbar wären. Wir müssen das Programm aber auch nutzen um private Investitionen anzukurbeln, denn die Gemeinde alleine kann unmöglich alle notwendigen Maßnahmen zur positiven Entwicklung im Ortskern umsetzen.

Die vorbereitenden Maßnahmen mit Bürgerbeteiligung wurden bereits im abgelaufenen Jahr auf den Weg gebracht. Die entsprechenden Beschlüsse werden demnächst den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die aufgezeigte finanzielle Problematik öffentlicher Haushalte spiegelt sich auch in der Finanzentwicklung Mutterstadts wider:

Eine Gegenüberstellung zum Jahresende 2012 von mittelfristig verfügbaren Finanzanlagen in Höhe von 6,92 Mio. € und Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 9,39 Mio. € (einschließlich Palatinum und Abwasserbeseitigung) zeigt, dass unsere Gemeinde, ohne die Berücksichtigung von Grund- und Sondervermögen, unterm Strich mit knapp 2,5 Mio. € verschuldet ist.

Das ist im Vergleich mit vielen anderen Kommunen noch niedrig. Allerdings führen die aufgezeigten Umstände in Richtung zunehmende Verschuldung.

Verwaltung, Gemeinderat und Ausschüsse sind daher – und ich wiederhole mich hier bewusst – weiterhin gefordert jede einzelne Maßnahme auf unbedingte Notwendigkeit eingehend zu prüfen. Ein positives Nutzen-/Kostenverhältnis und entstehende Folgekosten sind dabei einzubeziehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

abschließend ist es angebracht, mich ganz herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr zu bedanken. Bei der Erstellung und bei den Vorberatungen des vorliegenden Haushaltsplanes haben sich die Herren Beigeordneten Klaus Leicht, Klaus Lenz und Volker Strub

und die Mitglieder von Gemeinderat und Fachausschüssen

engagiert eingebracht und durch sehr konstruktive Beratungen und Anregungen zum Gelingen entscheidend beigetragen.

Mein ganz besonderer Dank gilt auch

allen Fachbereichs- bzw. Abteilungsleitern mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der gesamten Verwaltung.

Insbesondere die Finanzverwaltung unter Federführung von Frau Helm hat mit der Haushaltserstellung naturgemäß die größte Belastung zu tragen.

Ebenfalls wichtig ist mir die gute Zusammenarbeit und aktive Unterstützung intern durch den Personalrat sowie verwaltungsextern durch die Lokale Agenda 21, den Partnerschaftsverein, die Jugendvertretung, den Seniorenbeirat, die Bürgerstiftung, unsere Vereine sowie zahlreiche private und geschäftliche Förderer unserer Arbeit in Form von Spenden und ehrenamtlichem Engagement.

Ihnen allen gilt dafür ebenfalls mein herzlicher Dank.

Ich bitte Sie dem vorliegenden Produkthaushalt für das Jahr 2013 mit Haushaltssatzung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Stellenplan sowie dem Investitionsplan für die Jahre 2013 bis 2016 zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede von Thorsten Leva (SPD):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Herren Beigeordnete,

sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

sehr geehrte Vertreter der Presse,

wie unser Bürgermeister bereits ausführlich aufgeführt hat, haben wir in unserer Gemeinde wenig Spielraum für Luftsprünge, sind jedoch in der Lage, zum einen unseren Pflichten nachzukommen und zum anderen in notwendige, richtungsweisende, sowie ortsbildprägende Maßnahmen zu investieren. Dabei wird der Spielraum der Gemeinde durch von Bund und Land entschiedene, gesetzliche Maßnahmen immer kleiner. Lassen Sie mich im Folgenden einige Positionen kommentieren.

Die Gemeinde ist verpflichtet ab diesem Jahr auch Einjährigen Plätze in unseren Kindertagesstätten anzubieten. Den Prognosen der örtlichen Bevölkerungsentwicklung Rechnung tragend, ist es folgerichtig, dass wir das Angebot an Kindertagesplätzen erhöhen müssen. Daher stellt im laufenden Haushaltsjahr die Baumaßnahme der Kindertagesstätte „Am Alten Damm“ mit 2,8 Millionen Euro einen wesentlichen Posten dar. Wir begrüßen diese Investition, baut sie ja die Familien- und Kinderfreundlichkeit unserer Gemeinde weiter aus. Von der neuen Kindertagesstätte erwarten wir, dass sie sich genauso gut entwickelt wie unser Haus des Kindes im Mandelgraben. Die Pläne für die Räumlichkeiten sind bereits vielversprechend. Für unseren Gemeindehaushalt bedeutet dies jedoch eine hohe Belastung, auch für die Folgejahre. Die Personalkosten werden uns jährlich mit einem nicht unerheblichen Betrag beschäftigen. Hier ist eine stärkere Beteiligung durch Bund und Land zu wünschen, denn die Zuschüsse reichen bei weitem nicht aus.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung sendet dazu jedoch widersprüchliche Signale, indem die Plätze zwar bereitgehalten werden müssen, Eltern jedoch mit dem Wahlgeschenk Betreuungsgeld belohnt werden, wenn sie diese Plätze nicht nutzen. Der Steuerzahler zahlt hier doppelt und der Anreiz, die Kinder zu Hause zu erziehen, trifft unseres Erachtens die falschen, nämlich genau die Familien, deren Kinder in einer KiTa besser aufgehoben wären.

Die Kreisumlage wurde dieses Jahr prozentual zwar nicht erhöht, gleichwohl sind die Ausgaben durch die Berechnungsschlüssel um ca. 384.000,00 € auf 4.751.700,00 € gestiegen. Wie jedes Jahr stellen wir sie auf den Prüfstand. Auch wenn wir feststellen, dass der Kreis ebenfalls Aufgaben vom Bund übertragen bekommen hat und diese über die Umlage finanzieren muss, können wir nach wie vor im Kreishaus keinen consequenten Sparwillen erkennen.

Die SPD Fraktion hatte in guter Absicht den Stein für Fusionsgespräche mit unseren Nachbargemeinden ins Rollen gebracht, mit dem Ziel, gemeinsam Einsparpotentiale zu ermitteln. Bedauerlicherweise wurde in den Gesprächen ersichtlich, dass nicht jeder mit diesem Ziel angetreten ist und versucht wurde, Eigen- und Parteiinteressen gegen das Gemeinwohl auszuspielen. Gut, dass wir uns durch alle Mutterstadter Fraktionen einig waren an diesen Gesprächen weiterhin nicht mehr teilzunehmen.

Allerdings sehen wir nach wie vor unsere Verwaltung in der Pflicht, mit Nachbarkommunen Synergien auszuloten und zu schauen, in welchen Bereichen interkommunale Zusammenarbeit möglich ist. Zum Beispiel in der Anschaffung von Geräten, Software, etc. Wir wissen, dass dies bereits geschieht und werden es weiterhin unterstützen.

Im Haushalt 2013 macht sich erstmals die Abgabe des Kegelcenters an den Kegelverein positiv bemerkbar: Keine unkalkulierbare Ausgaben mehr! Die SPD Fraktion hat von Anfang an dieses Vorgehen unterstützt.

Die parallel laufenden Maßnahmen zur Ortskernentwicklung (aktive Stadtzentren) und zur Straßenneugestaltung nehmen immer stärker Kontur an und spiegeln sich entsprechend in den Haushalten dieses und der Folgejahre wieder. Äußerst bemerkenswert und erfreulich finden wir die sehr starke Beteiligung einer breiten Bürgerschaft an diesen Projekten. Zu loben ist die von Verwaltungsseite ermöglichte Teilnahme an Versammlungen und das Einbringen per Internet, sowie die Vielzahl der eingegangenen Vorschläge. Dieses lebhaftes Miteinander gilt es auch weiterhin zu fördern. Die Mutterstadter Vereine sind Basis für das Zusammenleben in unserer Gemeinde, daher begrüßen wir auch weiterhin deren Unterstützung durch die Gemeinde. Die Vereine entlasten die Verwaltung massiv in der sozialpolitischen Arbeit. Ein beherrschendes Thema in Mutterstadt ist weiterhin der Verkehr. Zum einen der fließende und zum anderen der ruhende. Wir begrüßen die Einstellung einer weiteren Kraft, um die zunehmenden Verstöße im ruhenden Verkehr zu ahnden. Wir appellieren an dieser Stelle an alle Bürger, sich rücksichtsvoll auf der Straße zu bewegen und niemandem zu schaden oder zu belästigen. Regelungen durch Ordnungsbehörden alleine reichen leider nicht immer aus. Aktuell gibt es insbesondere durch die Maßnahme in der Speyerer Straße eine hohe Belastung auf den Ausweichrouten. Wir versprechen uns von allen angestoßenen Verkehrsprojekten (Anschluss A61, Traktor-Nordumfahrung, Südspange mit Südumfahrung, Verkehrsneuregelung in der Ortsmitte) positive Effekte und eine geringere Belästigung. Im Zuge der Ortskernneugestaltung ist insbesondere darauf zu achten, dass es keine zusätzliche Belastung auf den „Ausweichrouten“ gibt.

Mit Realisierung des Anschlusses an die A 61 soll auch das von allen Gemeinderatsfraktionen geforderte LKW Durchfahrtsverbot durchgesetzt werden.

Die geplante Kreditaufnahme in Höhe von insgesamt 4.000.000,00 € für die bereits angesprochenen Investitionen halten wir für sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar. Mit Blick auf die stetig steigenden Personalaufwendungen (5.244.390,00 €) und dem Fehlbetrag im Ergebnishaushalt (-1.313.670,00 €) bleibt uns weiterhin eine gute Wirtschaftskraft zu wünschen. Für bedenklich halten wir jedoch die Entwicklung des Eigenkapitals. Prognostiziert wird, dass es sich bis 2016 um ca. 6 Millionen Euro reduziert. Die Erhöhung der Hundesteuer und die Anpassung der Abwasserbeiträge waren notwendig, wenngleich sie auch nur einen kleinen Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle bedanken wir uns bei allen Mutterstadtern Bürgerinnen und Bürgern, die an unsere Fraktion und die Gemeindeverwaltung herangetreten sind um uns bei unserer Arbeit zu unterstützen, in dem sie wichtige Hinweise und Verbesserungsvorschläge gegeben haben. Sei es auf der schon angesprochenen Bürgerbeteiligung, auf Informationsveranstaltungen oder auch in persönlichen Gesprächen.

Hervorheben möchten wir hier die Arbeit der Lokalen Agenda, die uns mit der Verkehrszählung und dem Indikatorenbericht wertvolle Informationen für unsere Entscheidungen liefert.

Einigen weiteren Organisationen sei dieser Stelle für Ihren wichtigen Beitrag für unsere Gemeinde gedankt:

- der freiwilligen Feuerwehr
- dem Jugend- und dem Seniorenbeirat
- dem Partnerschaftsverein
- dem Seniorentreff
- dem Jugendtreff
- der gemeindeeigenen Bücherei

Herzlich danken möchten wir Frau Helm aus der Finanzabteilung, die uns wie jedes Jahr im Rahmen unserer Haushaltsklausur die Zahlen erläuterte und unseren Fragen Rede und Antwort stand.

Wir wollen abschließend Dank sagen für die geleistete Arbeit

- Neben dem Bürgermeister den drei Beigeordneten, die nach unserer Kenntnis nach wie vor kollegial untereinander und mit dem Verwaltungschef vertrauensvoll zusammenarbeiten. Insbesondere unserem ersten Beigeordneten Klaus Leicht, dessen Fachkenntnisse und Erfahrungen speziell zum Thema Haushalt für unsere Fraktion unentbehrlich sind.
- Letztlich den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die gute, konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat und den Ausschüssen.

Die SPD Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf vorbehaltlos zu.

Haushaltsrede von Katja Schulze-Berge (CDU):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider,
verehrte Herren Beigeordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
meine Damen und Herren!

Im letzten Jahr hatte ich in meiner Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass wir als Gemeinde unsere Bemühungen um Einsparungen kontinuierlich verstärken müssen. Es gilt, dem negativen Trend, nämlich einem zunehmenden Jahresfehlbetrag und abnehmendem Eigenkapital, entgegen zu wirken. Erfreulich war, dass es in den letzten beiden Jahren gelungen ist, den ursprünglich angesetzten Fehlbetrag dann doch etwas zu verringern, sei es durch eine positivere wirtschaftliche Entwicklung, durch eigene Sparmaßnahmen oder durch das Verschieben von Investitionsmaßnahmen in kommende Jahre.

Im Haushaltsjahr 2013 schließt der Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag von 1,3 Millionen €. Der Finanzhaushalt weist ein Minus von 4,5 Millionen € auf.

Die Einnahmen im Ergebnishaushalt steigen leicht aufgrund von höher geschätzten Steuereinnahmen und einer Erhöhung der Hundesteuer. Vergessen sollten wir nicht, dass wir hier von einer positiven Veränderung des Steueraufkommens ausgehen. Ebenso sind Grundstücksverkäufe in Höhe von 600.000,00 € eingerechnet. Für die kommenden Haushaltsjahre stehen danach allerdings nur noch Grundstücke im Wert von 300.000,00 € zum Verkauf. Besonders auffällig sind die Kostensteigerungen im Personalbereich, welche überwiegend auf die zusätzlich zu schaffenden Stellen im neuen Kindergarten, den wir in diesem Jahr bauen werden, zurückzuführen sind. Die anteiligen Kosten für die Gemeinde, die nicht vom Land ausgeglichen werden, betragen hier ca. 100.000,00 €. Entsprechend

unserem Steueraufkommen steigt die Kreisumlage um etwa 400.000,00 €. Für ein noch zu erstellendes Energiekonzept sind 30.000,00 € vorgesehen.

Erfreulich ist, dass die Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen um knapp 267.000,00 € gesunken sind.

Wir werden in 2013 6,3 Millionen € für Investitionen ausgeben. Das größte Projekt ist sicherlich der neue Kindergarten Am Alten Damm, der die Gemeinde 2,8 Millionen € kosten wird. Der Neubau wird notwendig, weil ab August 2013 auch für einjährige Kinder Plätze zur Verfügung gestellt werden müssen und die zugrunde liegenden Zahlen aufzeigen, dass wir mit den vorhandenen Kapazitäten diesen Bedarf in der Zukunft nicht decken können. Insofern sind wir zu dieser Maßnahme per Gesetz verpflichtet. Die ursprünglich vereinbarte Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz erfolgt leider nicht, man beschränkt sich darauf, die vom Bund bereitgestellten Mittel weiter zu reichen. Richtig finden wir das Konzept, den Kindergarten baulich so zu errichten, dass bei nachlassendem Kindergartenplatzbedarf, das Haus später auch zum Seniorenwohnheim umgenutzt werden kann. Noch nicht geklärt ist, wie die Erweiterung der protestantischen Kindertagesstätte 1 aussehen wird. 800.000,00 € sind als Investitionskostenzuschuss eingestellt. Weitere Maßnahmen sind vor allem im Bereich Straßenbau und Straßenerneuerung vorgesehen. Diese Umbaumaßnahmen werden uns sicherlich noch in den nächsten 2-3 Jahren begleiten. Der lang ersehnte nördliche Pfalzmarktweg wird ebenfalls fertiggestellt werden. Bereits in den letzten Haushaltsjahren haben wir als Gemeinde größere Beträge für das Projekt „Südspange“ bezahlt. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie darauf drängt, dass nun auch eine zügige Umsetzung erfolgt und sich der Baubeginn nicht noch weiter verzögert. Im Zuge dessen soll auch die südliche Traktorumfahrung realisiert werden, die eine Entlastung für das Wohngebiet „Blockfeld“ bringen wird.

Ein zukunftsweisender Punkt ist das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, in das unsere Gemeinde aufgenommen wurde und für das 650.000,00 € zu Buche stehen. Dem stehen erwartete Zuschüsse in Höhe von 455.000,00 € gegenüber. Wir sind uns sicher, dass diese Unterstützung uns ermöglichen wird, den Ortskern noch attraktiver und lebenswerter zu gestalten. Viele kreative Ideen und die rege Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stimmen uns zuversichtlich.

Um all diese wichtigen Investitionen tätigen zu können, werden wir allerdings Kredite in Höhe von 4 Millionen € aufnehmen müssen. Die Differenz zu den Kosten gleichen wir mithilfe von Zuschüssen und einer Entnahme in Höhe von 640.000,00 € aus den liquiden Mitteln aus.

Vor dem Hintergrund des Fehlbetrags und der Notwendigkeit einer Kreditaufnahme für die Finanzierung der Investitionen stellt sich unweigerlich die Frage nach Einsparpotenzialen. Hierzu gab es bereits gemeinsame Bemühungen aller Fraktionen und der Verwaltung, in einem Gremium Vorschläge zu erarbeiten. Dabei hat sich aber gezeigt, dass Maßnahmen, die zu nennenswerten Einsparungen führen, mit deutlichen Einschnitten in den Leistungen oder mit zusätzlichen Belastungen für die Bürger verbunden sein werden. Bereits in unserer letzten Haushaltsrede hatten wir gefordert, dass wir uns gemeinsam über Themen wie die Unterhaltung gemeindeeigener Einrichtungen, der Sportstätten und über die Vereinsförderung Gedanken machen müssen. Ich erneuere heute dieses Gesprächsangebot.

Ich fordere jetzt schon alle Fraktionen und die Verwaltung auf, hier weiterhin an einem Strang zu ziehen. Da es schmerzhaft Einschnitte sein werden, wird es nur dann zum Erfolg führen, wenn wir die Ideen gemeinsam entwickeln und die Umsetzung auch gemeinsam tragen. Wir können es uns nicht leisten, bei diesem so wichtigen Thema unterschiedliche Richtungen zu verfolgen.

Die CDU-Fraktion dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit des vergangenen Jahres. Insbesondere danken wir denjenigen Mitarbeitern in der Verwaltung, die an der Erstellung des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs beteiligt waren, allen voran Frau Helm. Auch in diesem Jahr gilt unser Dank Frau Helm dafür, dass sie uns den Haushaltsentwurf auf unserer Klausurtagung ausführlich und geduldig erläutert hat.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in gemeindeeigenen Einrichtungen engagiert und ideenreich eingesetzt haben, um das Wohnen in Mutterstadt lebenswerter zu gestalten. Herausheben möchte ich hier die Bücherei und den Senioren- und Jugendtreff.

Wir möchten uns auch ausdrücklich bei den ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern in unserer Gemeinde bedanken, die sich auf so vielfältige Weise in Kirchen, Vereinen und Gremien engagieren. Besonders gilt unser Dank hier den Mitstreitern der Agenda 21, die fortwährend einen wertvollen Beitrag leisten und uns viele Anregungen geben konnten.

Allen Kolleginnen und Kollegen im Rat und den Ausschüssen dankt die CDU-Fraktion für die offene und stets konstruktive Zusammenarbeit.

Die CDU-Fraktion stimmt der vorliegenden Fassung des Haushaltes der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2013 zu.

Information der Verwaltung zur Haushaltsrede der CDU-Fraktion:

Bürgermeister Hans-Dieter Schneider erläutert zur Realisierung der Südspange, dass die Verwaltung selbstverständlich auf eine schnelle Realisierung drängt. Dies sei jedoch eine Maßnahme des Gewässerzweckverbandes Isenach-Eckbach. Das Planfeststellungsverfahren ist abgeschlossen. Jetzt stehen noch Grundstückskäufe und damit Verhandlungen mit zahlreichen Grundstückseigentümern, auch außerhalb der Mutterstadter Gemarkung an. Die Verwaltung hat dem Gewässerzweckverband dabei ihre Unterstützung zugesagt um die Umsetzung zu forcieren. Realistischer Weise kann aber durch die vielen Verhandlungspartner mit einem Baubeginn wohl erst Anfang 2015 gerechnet werden.

Haushaltsrede von Hartmut Kegel (FWG):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, werte Herren Beigeordnete Leicht, Lenz und Strub, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, meine Damen und Herren,

der uns vorliegende Haushaltsplan für das Jahr 2013 ist geprägt von einem hohen Investitionsbedarf. Der Finanzüberschuss aus der Tätigkeit der laufenden Verwaltung wird sich nach drei positiven Abschlüssen der vergangenen Jahre leider in ein Defizit umkehren. Dies ist aber nicht der Leiterin der Finanzverwaltung Frau Helm anzulasten, bei der ich mich für die geleistete Arbeit herzlich bedanken möchte.

Finanzielle Gesamtsituation

Der Ergebnishaushalt des Jahres 2013 ist mit einem dicken Minus von rd. 1,3 Mio. € veranschlagt und eine „Freie Finanzspitze“ gibt es nicht mehr. Dadurch wird der Handlungsspielraum des Rates und der Verwaltung stark eingeschränkt. Der Verwaltungshaushalt weist ein Minus von 163 T€ aus und wird sich in den Folgejahren aller Voraussicht nach nicht erholen. Ein großes Investitionsvolumen wurde bereits verabschiedet, überwiegend bedingt durch gesetzliche Vorgaben. Innerhalb der Verwaltung wird versucht, die Ausgaben auf das Notwendige zu beschränken, jedoch wird es vor allem im Personalbereich zu nicht unerheblichen Steigerungen kommen. Die Neuregelung des kommunalen Finanzausgleiches zugunsten der Gemeinden ist dringend erforderlich, um die drohende Überschuldung auch unseres Ortes zu verhindern. So beträgt die Kreisumlage 4,75 Mio. €, das sind 31 Prozent des Ergebnishaushaltes. Allein das gut angelegte Vermögen unserer Gemeinde gibt Anlass zu verhaltenem Optimismus.

Meine Damen und Herren,

beginnen möchte ich meine Ausführungen über die Entwicklung Mutterstadts mit einem Dank an die Lokale Agenda, die mit ihrer umfangreichen Arbeit insbesondere auf dem Gebiet des Verkehrs die Arbeit des Rates und der Verwaltung unterstützt. So hat die Verkehrszählung ergeben, dass die Kreuzung in der Ortsmitte ohne Kreisverkehr gebaut wird und somit Raum für eine bessere Gestaltung der Freiräume gewonnen wird.

Die Planungen für diesen Bereich, sowie die Neugestaltung von Ludwigshafener- und Oggersheimer Straße sind weitgehend abgeschlossen und können ab 2014 mit Landeszuschüssen verwirklicht werden.

Städtebauförderung

Die rege Beteiligung an den Informationsveranstaltungen und bei diversen „work shops“ zeigt das Interesse unserer Bevölkerung an der Ortsentwicklung. Hierbei sollen, unterstützt durch großzügige Förderprogramme und steuerliche Anreize, Privatinitiativen geweckt und realisiert werden. Visionen, den Ortskern betreffend, reichen von Straßenumgestaltungen mit verkehrsberuhigten Zonen, bis zum Abriss von Gebäuden. Der Landeszuschuss beträgt in diesem Jahr 455 T€.

Ansprechen möchte ich das Parkverhalten in vielen Straßen unserer Gemeinde, welches oftmals eine Gefährdung für Radfahrer und Fußgänger hervorruft. Ein Appell sei an die Fahrzeugbesitzer gerichtet, zumindest ein Auto pro Wohnung auf den vorgesehenen Stellplätzen ihrer Grundstücke zu parken und somit eine ungehinderte Durchfahrt für Rettungsfahrzeuge und die Feuerwehr zu ermöglichen.

Kindergärten

Nachdem der Erweiterungsbau am „Haus des Kindes“ im Mandelgraben erfolgreich abgeschlossen ist, haben wir mit dem Neubau der Kindertagesstätte im „Alten Damm“ begonnen. Gesetzliche Vorgaben, die die Betreuung von Kindern ab einem Jahr in einer Tagesstätte garantieren, erfordern von der Gemeinde enorme finanzielle Anstrengungen, sowohl im investiven Bereich als auch anschließend bei den Personalkosten.

Als letztes großes Vorhaben im Bereich der Kinderbetreuung bleibt die Erhaltung des Kindergartens bei der protestantischen Kirche. Hier suchen wir noch nach einer Lösung, die sowohl die bauliche Investition, als auch das Betreiben durch die Kirche ermöglicht.

Palatinum

Der Wirtschaftsplan des Palatinums ist ausgeglichen, da die Gemeinde das Defizit stets ausgleicht. Zahlreiche Vermietungen außerhalb des Kulturbetriebes fördern das positive Image der Festhalle und unseres Ortes. Den Mitarbeitern des Kulturbetriebes, sowie der Pächterfamilie der Restauration sei gedankt.

Gemeindebibliothek

Die Gemeindebibliothek leistet mit ihrer Arbeit und den zahlreichen Aktivitäten einen wertvollen und dankenswerten Beitrag zum Ortsgeschehen.

Für die vielen ehrenamtlichen Initiativen und Projekte möchte ich den Helfern und den unterstützenden Gemeindemitarbeitern meinen Dank aussprechen.

Außenbereich

Durch den Ankauf eines Grundstückes als Ausgleichsfläche konnte die Bilanz im Grünbereich weiter gesichert werden. Ziel ist nun eine Aufwertung der ökologischen Entwicklung dieser Flächen, sowie die Steigerung der Apfelsaftproduktion.

-Gewässer

Nach wie vor ist die Grundwassersituation im westlichen Gemarkungsbereich bedrohlich. Dringende Sofortmaßnahmen, welche die Abflusssituation der bestehenden Gräben verbessern sollen, wurden leider noch nicht in Angriff genommen. Tatsächliche Abhilfe schafft aber nur die Südspange, die die Ortsbebauung vor der Gefahr eines Hochwassers schützen wird.

-Nordumfahrung

Die Planungen für den neuen Wirtschaftsweg, der mittels einer Teilflurbereinigung um das Neubaugebiet am „Alten Damm“ geführt werden soll, verzögerten sich, da Fehler bei der Flächenberechnung des Gemeindeanteils, Unstimmigkeiten bei der Kostenaufteilung, sowie ein laufender Personalwechsel beim SGD Team, Zeitverluste mit sich brachten. Nach einigen klärenden Gesprächen kann dieser Weg im Laufe des Jahres begonnen werden.

-Anschluss der L524 an die A61

In diesem Jahr wird der Autobahnanschluss der L524 an die A61 erfolgen und die seit langem vorhandene Beschilderung (Schilder lässt grüßen) ihren Zweck erfüllen. Damit sind die Straßenprojekte um Mutterstadt abgeschlossen und es wird eine weitere Entlastung vom Durchgangsverkehr geben.

-Gewerbliche Pferdehaltung im Außenbereich

Weiterhin ungeklärt ist die Erschließung eines Reiterhofes. Die Gemeinde befindet sich in dieser Sache im Rechtsstreit mit der Kreisverwaltung. Für die Verbreiterung des angrenzenden Wirtschaftsweges wurden in diesem Haushalt Mittel eingestellt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich komme zum Schluss meiner Ausführungen.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, deren Abteilungsleitern Gunther Holzwarth, Rüdiger Geib und Werner Klein. Dank auch an die Verwaltungsspitze in Person des Bürgermeisters Hans-Dieter Schneider und seinen Beigeordneten Klaus Leicht, Klaus Lenz und Volker Strub.

Zu guter Letzt möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und bei den Ausschussmitgliedern für die faire und sachbezogene Zusammenarbeit bedanken.

Das vorliegende Zahlenwerk des Haushaltsplanes 2013, sowie die Wirtschaftspläne für die Abwasserbeseitigung und das Palatinum sind umfangreich und aussagekräftig, beruhen aber auf Plandaten. Veränderungen sowohl auf der Einnahmen-, als auch auf der Ausgabenseite werden sich erst im Laufe des Wirtschaftsjahres zeigen.

Als Sprecher der Fraktion der Freien Wählergruppe hoffe ich auf steigende Einnahmen und gesparte Kosten.

Wir stimmen der Haushaltssatzung mit doppischem Haushaltsplan für das Jahr 2013 zu.

Haushaltsrede von Dr. Ulrich Hettenbach (FDP):

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
nach der ausführlichen Vorstellung des Haushalts durch Sie, Herr Bürgermeister, und nach drei Haushaltsreden der größeren Fraktionen würde ich mit einer weiteren Haushaltsrede Sie vermutlich nur langweilen. Ich werde daher zwei Punkte herausstellen, die uns wichtig sind.

Der eine Punkt betrifft die Tatsache, dass das Eigenkapital der Gemeinde Mutterstadt innerhalb von nur fünf Jahren um sieben Prozent geschrumpft ist. Der Haushaltsplan kann auch dieses Jahr wieder nur durch die Aufnahme weiterer Kredite in Höhe von 4 Millionen € ausgeglichen werden. Der Löwenanteil von 90 % wird benötigt für den Ausbau eines Kindergartens der protestantischen Kirche sowie für den Neubau eines weiteren Kindergartens der Gemeinde Mutterstadt Am Alten Damm. Mit dem Kinderförderungsgesetz, das die jetzige Bundesregierung im Dezember 2008 hat beschließen lassen, erhält ein Kind zwischen einem und drei Jahren einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Dieses Gesetz ist zwar gut gemeint, aber leider schlecht gemacht, denn die Hauptlast wurde den untersten Gliedern der Verwaltung, nämlich den Städten und Gemeinden auferlegt. Nach ursprünglichen Plänen wollte sich der Bund mit 4 Milliarden € am Bau der Kindergartenplätze beteiligen. Nach einer Zeitungsmeldung von letzter Woche soll die Summe jetzt wohl auf rund 5 Milliarden € angehoben werden. Wenn man jedoch berücksichtigt, dass allein wir in unserer 13 000 Seelengemeinde und allein dieses Jahr etwa 3,6 Millionen € ausgegeben müssen, kann man leicht abschätzen, wie weit die Bundesmittel zum Ausbau der Kinderbetreuungsplätze reichen bzw. eben nicht reichen.

Bei solchen außergewöhnlichen Belastungen sucht man andererseits nach Einsparmöglichkeiten. Eine gute Chance dazu wäre der Zusammenschluss mit den Nachbargemeinden Limburgerhof und Neuhofen gewesen. Nach einer vorsichtigen Schätzung von Ihnen, Herr Bürgermeister, hätten sich bei einem Zusammenschluss zu einer Einheitsgemeinde rund 900.000,00 € pro Jahr über alle drei Dörfer einsparen lassen. Leider konnte auch dieses Argument die CDU Limburgerhof und die Freien Wähler in Limburgerhof nicht überzeugen. Vielmehr wurde uns mit abenteuerlichen Argumenten klar gemacht, dass man an einer Partnerschaft mit Mutterstadt nicht interessiert sei. Nachdem wir in Mutterstadt daraufhin gemeinsam beschlossen hatten, uns nicht weiter an Fusionsverhandlungen zu beteiligen, wurde das bereits genannte Argument von Einsparmöglichkeiten in leicht abgewandelter Form von der CDU Limburgerhof übernommen, um für einen Zweierbund Limburgerhof – Neuhofen zu werben. Im Gegenzug übernahm die SPD in Limburgerhof die vorher von der dortigen CDU angeführten Argumente, um auch diese Verbindung in letzter Minute zu verhindern. Dies ist ein Beispiel von Kirchturmpolitik, die niemandem etwas nützt. Zwar kann die Rheinpfalz immer wieder eine Seite füllen, wenn einer der Kontrahenten dem jeweils anderen den Rücktritt nahelegt oder ihn mit anderen Komplimenten bedankt; aber der Wählerauftrag wird damit nicht erfüllt. Wir als FDP bedauern, dass die Chance auf eine so hohe Einsparung leichtfertig vertan wurde.

Wir freuen uns andererseits, dass wir im Gemeinderat Mutterstadt zwar immer wieder unterschiedliche Ansichten haben, nie aber solche ins Persönliche gehende Streitigkeiten. Dafür möchten wir uns ausdrücklich bei Ihnen, den Gemeinderätinnen und -räten, in Mutterstadt bedanken.

Bedanken möchten wir uns natürlich auch bei Ihnen, Frau Helm, und Ihren Mitarbeitern, dass Sie dieses umfangreiche Zahlenwerk erstellt haben. Es ist Ihnen darüber hinaus gelungen, eine Zusammenfassung zu liefern, mit der man das Wesentliche auch ohne intensive Lektüre des Gesamtwerks verstehen kann.

Danken möchten wir schließlich auch Ihnen, Herr Bürgermeister, der Sie erfolgreich darüber gewacht haben, dass es in unserer Gemeinde immer ruhig und sachlich zugegangen ist.

Haushaltsrede von Walter Altvater (Bündnis 90/Die Grünen):

Sehr geehrte Damen und Herren,

für den Haushalt 2013 rechnen wir mit einem Defizit von 1,3 Millionen €. Das klingt erstmal sehr dramatisch. Wenn wir allerdings sehen, dass wir alleine Abschreibungen von 1,6 Millionen errechnen, dann ist es schon viel weniger dramatisch. Heißt es doch, dass wir auch in diesem Jahr 300 T€ für künftige Ersatzinvestitionen z.B. Bauunterhaltungen erwirtschaften.

Was höchstens bedenklich stimmen muss, ist, dass wir trotz, zumindest für Deutschland, sehr guter Konjunktur keinen Überschuss für schlechtere Zeiten erzielen.

Das ist die Folge einer jahrelangen ja jahrzehntelangen Politik auf Bundesebene unter dem Schlagwort des „schlanken Staates“. Die, die dieses Schlagwort prägten, haben sich in den letzten Jahren mit hunderten Milliarden von eben diesem Staat retten lassen.

Da wird man umsteuern müssen. Und deswegen freue ich mich, dass auch in Mutterstadt BürgerInnen aus der KAB und dem Weltladen sich für eine andere Steuerpolitik unter dem Motto UmFAIRteilen engagieren.

So wenig mich das Defizit beim Ergebnishaushalt beunruhigt, so besorgniserregend ist, dass wir erstmals in den letzten Jahren einen Fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit von 163 T€ haben. Wir haben eine negative freie Finanzspitze von 263 T€.

Das bedeutet im Klartext: Wir geben übers Jahr gesehen mehr aus als wir einnehmen.

Die Ursache dafür ist auch leicht zu identifizieren:

Unsere Personalausgaben steigen um über 471 T€. Sie steigen deswegen, weil das „Haus des Kindes“ nun in Betrieb ist und der neue Kindergarten im „Alten Damm“ im letzten Quartal 2013 in Betrieb gehen soll.

Da wir nur ein Viertel der Personalausgaben des Kindergartens im „Alten Damm“ im Plan haben, stehen uns auch 2014 noch weitere Ausgabensteigerungen ins Haus. Genauer gesagt in diesem Jahr rechnen wir mit 168 T€ nächstes Jahr mit 312 T€.

Da derzeit einerseits viele ErzieherInnen gesucht werden, aber andererseits sich auf dem Arbeitsmarkt auch schon die ersten Anzeichen des Bevölkerungsrückgangs zeigen, müssen wir davon ausgehen, dass dieser Posten eher weiter wächst.

Das bedeutet aber, dass wir Handlungsbedarf haben.

So wenig wir uns von nicht erwirtschafteten Abschreibungen aus der Ruhe bringen lassen sollten, so wenig können wir operative Defizite dauerhaft hinnehmen.

Nun gibt es ja ein rot-grünes Eckpunktepapier zur kommunalen Finanzreform in Rheinland-Pfalz und eine Aussage der Ministerpräsidentin zur geplanten finanziellen Entlastung der Kommunen durch das Land. Können wir damit rechnen, dass dadurch unser Mehrbedarf künftig gedeckt wird?

Schauen wir uns die Vorschläge etwas genauer an:

Der Schwerpunkt liegt bei der Entlastung von hohen Sozialausgaben. Das betrifft vor allem die Städte und dort ist es ja auch am nötigsten etwas zu tun. Weil die Städte entlastet werden sollen, wird auch bei der Schülerbeförderung über eine Umstellung auf das Wohnortprinzip diskutiert. Das heißt: Heute trägt die Kosten der Schulträger, künftig die Gemeinde aus der das Kind kommt. Grundsätzlich finde ich diese Umstellung richtig, aber unterm Strich wird uns das in Mutterstadt nicht entlasten.

Das Papier sieht auch eine Erhöhung der Nivellierungssätze vor. Das bedeutet praktisch, dass das Land uns stärker als bisher dazu anhalten wird unsere Hebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer zu erhöhen. Darüber wird sicher niemand in laute Jubelrufe ausbrechen, aber andererseits wollen wir ja alle eine bessere Bildung und wenn wir das wollen, müssen wir auch wissen, dass dies Geld kostet.

Übrigens nicht nur bei uns, sondern auch im Land.

Im Bildungsbereich die Inklusion voran zu treiben ist nicht nur ein ehrgeiziges, sondern auch ein teures, aber auch sehr sinnvolles Projekt.

Wir GRÜNE stehen dazu, dass die bessere Kinderbetreuung Geld kostet und sind bereit dies auch gegenüber den BürgerInnen zu vertreten.

Um unsere Zukunft geht es gegenwärtig auch in unserer Ortsmitte. Die Entscheidungen, die wir da treffen werden Mutterstadt für die nächsten Jahrzehnte prägen. Sie werden auch darüber bestimmen, wie unser Ort von außen gesehen wird. Das heißt wir tragen eine große Verantwortung.

Der Umbau der Ludwigshafener Straße ist nun, vorausgesetzt die Mittel werden im nächsten Doppelhaushalt des Landes bereitgestellt, auf einem guten Weg. Das Ortsbild wird dadurch gewinnen. Nun geht es um die Ortskernsanierung und demnächst um die Verabschiedung einer entsprechenden Satzung.

Es ist gut, dass dazu die Bürgerbeteiligung läuft, auch wenn für meinen Geschmack dabei im Moment noch zu viel über Parkplätze diskutiert wird, obwohl daran auch heute schon kein Mangel besteht.

Unterstützenswert erscheint uns Grünen in Mutterstadt vor allem folgende Idee aus der 2. Sitzung der Arbeitsgruppe „Ortskerngestaltung, Wohnen & Öffentlicher Raum“ vom 14.1.2013. Dort heißt es unter der Überschrift „Schaffung eines attraktiven Dorfplatzes“: „Das Gebäude „Neue Pforte“ wirkt unattraktiv und behindert eine Neugestaltung des gesamten Platzes mit offener Blickbeziehung. Das Gebäude erdrückt den Platz und schafft eine Trennung des vorderen und hinteren Bereiches. Aus Sicht der Arbeitsgruppe wäre daher ein Abriss des Gebäudes wünschenswert. Alternativ erscheint aus Sicht der Arbeitsgruppe ein Teilabriss der Neuen Pforte sowie eine attraktivere Außen-/Fassadengestaltung (...) notwendig.“Soweit das Zitat aus dem Sitzungsprotokoll.

Wir können da nur hinzu fügen:

Das Gebäude ist auch energetisch eine Katastrophe.

Aus diesem Grund möchten wir, dass die Alternativen Abriss, Teilabriss oder umfassende Sanierung ergebnisoffen geprüft werden. Diese Prüfung sollte eingebettet sein in ein Gesamtkonzept der Dorfplatzumgestaltung.

Um Missverständnisse von vornherein zu vermeiden:

Für uns Grüne gehören das Jugendzentrum und die Bücherei ganz selbstverständlich zu Mutterstadt und sie gehören auch mitten in den Ort.

Andererseits sind aber die Neue Pforte und das ehemalige Schleckergebäude im negativen Sinne „ortsbildprägend“ und deswegen muss man hier über Veränderungen reden, wobei das Schleckergebäude in Privatbesitz ist.

Deswegen bitten wir die Gemeinde auch zu prüfen welche Möglichkeiten, etwa im Rahmen einer Sanierungssatzung, für die Gemeinde bestehen, diese Situation zum Positiven zu verändern.

Es gäbe noch viele Themen anzusprechen. Z.B. verfolgen wir mit großem Interesse das Experiment „Bürgerbus“ in der Verbandsgemeinde Maxdorf. Wir werden uns davon inspirieren lassen und gegebenenfalls darauf zurückkommen.

2013 steht aber für uns ganz eindeutig die Umgestaltung der Ortsmitte im Fokus.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Und selbstverständlich danke ich auch allen, die sich haupt- und ehrenamtlich für die Gemeinde engagieren.

Ich stimme dem Haushaltsplan zu.

Einstimmiger Beschluss:

Die Haushaltssatzung mit doppeltem Haushaltsplan 2013 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Annahme von Zuwendungen

Die VR Bank Rhein-Neckar eG hat 1.000,00 € zur Weiterleitung an die Bürgerstiftung gespendet. Die Annahme dieser Zuwendung bedarf gemäß § 94 Abs. 3 GemO der Zustimmung des Gemeinderats.

Einstimmiger Beschluss:

Der Annahme der Zuwendung wird zugestimmt.